

"Freihandelszone, eine bessere Lösung?" in Handelsblatt (23. Januar 1957)

Legende: Am 23. Januar 1957 erläutert die deutsche Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt die Merkmale der Zollunion, die die sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft (EGKS) im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) einrichten wollen, und fragt nach den Vorteilen des britischen Vorhabens einer europäischen Freihandelszone.

Quelle: Handelsblatt. Deutsche Wirtschaftszeitung. 23.01.1957. Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH. "Freihandelszone, eine bessere Lösung?", auteur:Gross, Herbert Dr. , p. 8.

Urheberrecht: (c) 2004 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

URL:

http://www.cvce.eu/obj/freihandelszone_eine_bessere_losung_in_handelsblatt_23_januar_1957-de-ba6066a8-4ee3-4d77-9397-01dcd81edaa0.html



Publication date: 05/11/2015

Freihandelszone – eine bessere Lösung?

Überlegungen in letzter Minute – Schwierige Zollfragen

Die Brüsseler Zollunion wird noch im Februar die dritte Lesung passieren, zumal schon Ende Januar von den Außenministern der Montanunions-Staaten die letzten schwierigen Fragen, z. B. der Einbau der Überseegebiete Frankreichs und Belgiens sowie die Verschmelzung von Zollunion und Freihandelszone, endgültig geregelt werden sollen. Das Vertragsgebilde der ZU (ZU = Zollunion; FZ = Freihandelszone) wird noch im Frühjahr fertig sein und soll Anfang 1958 in Kraft treten. Mit dieser positiven Aussicht verbinden sich allerdings Klagen der Wirtschaft, deren Firmen und Organisationen zu den entscheidenden Brüsseler Verhandlungen in keiner Weise herangezogen wurden. Erst in den letzten Tagen durften zwei Vertreter des BDI als Kontaktstellen und Berater in Brüssel mitwirken. Dennoch ist der „Gemeinsame Markt“ für die beteiligte Wirtschaft heute noch weitgehend ein „geheimer Markt“. Man weiß eigentlich nur, daß der Stichtag für die Berechnung des inneren Zollabbaus der ZU der 31.12.1956 zu sein scheint; während für die Berechnung des gemeinsamen Außentarifs vielleicht erst der 31.12.1957 gewählt werden soll. Einige weitere autonome Zollsenkungen Bonns bis Jahresende würden somit zur weiteren Ermäßigung des gemeinsamen Tarifs beitragen. — Das Unbehagen aber, das heute vielfach empfunden wird, läßt sich nicht nur mit der Geheimpolitik in Brüssel erklären. Vielmehr wird eine gewisse Unsicherheit empfunden, die sich aus neuen Freihandels- und Dispositions-Hemmungen des ZU-Komplexes selbst ergeben können.

Die Zollunion soll ja entrümpeln, durch bessere Arbeitsteilung und Standortgliederung auf dem erweiterten Gemeinsamen Markt. In der Kostensenkung liegt ihr eigentlicher Sinn.

Dieses Ziel dürfte sich zunächst weitgehend auf den gewerblichen Sektor beschränken, da die landwirtschaftlichen Interessen auch hier den Status quo möglichst aufrechterhalten werden. Aber auch im gewerblichen Sektor sind die Kostensenkungen nicht ganz sicher. Vielmehr droht auch die Zollunion eine Reihe von Verteuerungen zu bringen. Denn der „Gemeinsame Außentarif“ wird ein Kompromiß sein zwischen den Niedertzoll-Ländern (Benelux) und den Hochzoll-Ländern (Frankreich, Italien). Sehen wir den deutschen Tarif etwa in der Mitte zwischen beiden Gruppen, so dürften sich auch für uns Verteuerungen ergeben, die unseren Wettbewerb auf dritten Märkten schwächen können. Eine zusätzliche Belastung droht aus der Berechnung des „Gemeinsamen Tarifs“, nach dem arithmetischen Mittel. Die Zölle auf Rohstoffe sollen höchstens 3% und diejenigen auf Halbwaren höchstens 10% betragen. Aber wir führen zahlreiche Materialien zollfrei oder zu niedrigeren Sätzen ein. So müßten wir z. B. künftig Baumwolle, Kupfer, usw. verzollen, was unsere Rohstoffe verteuert. Und es ist fraglich, ob z. B. der holländische Vorschlag, jeweils den niedrigsten Rohstoffzoll im „Gemeinsamen Tarif“ zu verankern, durchdringen wird. Auch die Frage, wieweit Güter, die eigentlich Rohstoffe sind, durch die Einstufung als Halbwaren einen höheren Zollschatz erhalten, deutet die Gefahr höherer Kosten an. Zwar hat jedes Partner-Land die Möglichkeit, bis zu 7% seiner Einfuhr aus dritten Ländern zollpolitisch nach eigenem Ermessen zu behandeln; aber dieser Satz würde nicht einmal ganz unserem Baumwollbedarf entsprechen.

Ein weiterer Nachteil, der im Wesen der ZU liegt, ist die Aufgabe unserer handelspolitischen Selbständigkeit gegenüber dritten Ländern. Wir können ja keine individuelle Zollsenkungen mehr bieten, es sei denn, daß wir unsere ZU-Partner zur Ermäßigung des „Gemeinsamen Außentarifs“ bewegen; woraus wir allein wiederum keine Gegenkonzessionen dritter Länder einhandeln könnten. Somit erwächst die Gefahr der Dominierung unserer künftigen Handelspolitik durch die „letzte Bank“, d. h. durch den schutzbedürftigsten ZU-Partner. Die ZU kann also die weltwirtschaftliche Integration Europas bremsen, weil sie die Gefahr der europäischen Blockbildung übermäßig verstärkt.

*

Darin liegt aber eine unnötige Belastung der europäischen Integration. Es mag vielleicht schon zu spät sein. Immerhin sollte die Warnung noch einmal ausgesprochen werden, zumal sie angesichts der britischen FZ-Pläne an Aktualität gewinnt. Auch sei auf den recht instruktiven Beitrag hierzu von Roy Harrod in „Foreign Affairs“ (Januar 1957) verwiesen. Dem Gedanken der Freihandelszone (FZ) liegt gleichfalls das Ziel eines „Gemeinsamen Marktes“ zugrunde; aber unter voller Aufrechterhaltung der Zollautonomie jedes Partners

gegenüber dritten Ländern. Gewiß soll die ZU durch den Verzicht auf individuelle Zollautonomie den Gedanken der europäischen Integration auch in politischer und administrativer Hinsicht fördern. Man sollte aber überlegen, ob man damit nicht einen zu hohen Preis zahlt, nämlich den Verzicht auf die maximale Integration Europas mit der Welt.

Die FZ wird heute als eine Erweiterung des Gemeinsamen Marktes der Montanunions-Länder angesehen. Sie soll vor allem Großbritannien und Skandinavien, möglicherweise aber auch noch OEEC-Länder umschließen. Die Arbeitsgruppe 17 der OEEC hofft den Vertragsentwurf etwa Jahresmitte vorlegen zu können. Im Herbst würden sich Besprechungen mit dem GATT anschließen, und die Ratifizierung würde im Laufe des nächsten Jahres erfolgen. Da nun die FZ sowieso zum Gemeinsamen Markt gehören wird, mag der Dualismus von ZU und FZ als fragwürdig erscheinen: Wenn die ZU allein den erwünschten großen Europamarkt nicht schaffen kann, das Werkzeug der FZ also ohnehin nötig ist — wäre es dann nicht zweckmäßiger, überhaupt der FZ den Vorzug zu geben, zumal diese eine wesentlich weltweitere Integration Europas ermöglicht?

Das GATT erkennt grundsätzlich sowohl die ZU als auch die FZ an. Die FZ gilt heute als wesentliches Instrument der britisch-kontinentalen Integration. Großbritannien wird weder auf den Schutz seiner eigenen Landwirtschaft noch auf das System der Ottawa-Präferenzen verzichten. Es wird also für Agrarprodukte aus eigener Landwirtschaft sowie aus dem Commonwealth immer einen besonderen Schutz, und den letzteren die Präferenz-Zölle gewähren. Deshalb ist London auf das Werkzeug der FZ angewiesen, um gegenüber dritten Ländern handelspolitisch aktionsfrei zu bleiben.

Nun bietet die FZ aber auch für die Partner der geplanten ZU zweifellos eine Reihe interessanter Lösungen. Denn die FZ verhindert — im Gegensatz zur ZU — die Kollektivierung unserer Handelspolitik gegenüber dritten Ländern. Sie erlaubt jedem Partner volle Handlungsfreiheit und erhält somit die interkontinentale Integration, die gerade von den besonders stark weltwirtschaftlich verflochtenen Partnern ausgeht. Deshalb verdienen Harrods Ausführungen besondere Beachtung; er fragt, ob nicht auch die Partner der Montanunion lieber den Weg der FZ wählen sollten, um für die gesamteuropäische Integration ein einheitliches Gebilde, statt das komplizierte Nebeneinander von ZU und FZ, zu schaffen.

Die Einwendungen gegen die FZ erwachsen meist aus der Furcht vor der Einschleusung von Importen über das Land mit den jeweils niedrigsten Sätzen. Ein ähnliches Problem besteht seit 1932 im Vertragswerk von Ottawa, konnte aber, wie Harrod nachweist, leicht gemeistert werden. Das System der Ursprungszeugnisse usw. könnte angewendet werden. Überdies verhindert ja — und das betont Harrod mit Recht — das System der FZ nicht, daß sich die Partner auf eine möglichst große Zahl gemeinsamer Zollsätze einigen, also eine de facto ZU entstehen lassen. Die Partner brauchen davon nur abzuweichen, so weit sie an niedrigeren Sätzen interessiert sind. Eine de facto ZU (im Zustande der de jure FZ) würde auch die administrativen Schutzmaßnahmen gegen „Importlöcher“ auf einem Mindestmaß halten können. Der ZU wohnt in der Tat die Gefahr einer Erlahmung der Freihandels-Initiative gegenüber dritten Ländern inne. Und damit wird gerade das Ziel gefährdet oder geschwächt, das der europäischen Integration letztlich überhaupt den Sinn geben soll.

*

Das Tagesproblem allerdings ist im Augenblick mehr die genaue Koordinierung der nahezu fertiggestellten ZU mit der FZ, die auch in der Konzeption noch nicht ganz deutlich geworden ist. Von dieser Koordinierung dürfte überhaupt der Anfangserfolg, der Impulsanstoß der europäischen Integration abhängen. Je mehr Märkte von der Integration erfaßt werden, desto größer werden die notwendigen Standortverschiebungen und desto intensiver die notwendigen Investitionen sein. Jedenfalls sollte bald ein Zustand erreicht werden, der den Unternehmer eindeutig darüber unterrichtet, ob er es lediglich mit der Zollunion oder mit dem größeren Markt der FZ zu tun haben wird. Wirtschaftlich am günstigsten wäre zweifelsohne die Integration unter dem Leitbild der FZ, denn die FZ begünstigt die weltweite Integration der Kaufleute und Unternehmer. Die ZU aber begünstigt die engere Integration, bei der die Funktionäre und Zöllner, und damit partikulare Interessen, ein stärkeres und unerwünschtes Gewicht behalten werden. Die vorstehenden Überlegungen sind möglicherweise in Brüssel zu kurz gekommen, weil man den Rat der

Wirtschaft zu wenig heranzog. Dieser Rat will den Gedanken der Integration grundsätzlich nicht schmälern, sondern begrüßen und erweitern. Ihm liegen dabei folgende Ziele am Herzen:

1. Wir sollten unsere Initiative im internationalen Entwicklungsgeschäft nicht dadurch beschneiden, daß wir auf unsere Zollautonomie verzichten. Wir brauchen handelspolitische Bewegungsfreiheit gegenüber Ländern wie Indien und China, die wichtigste Zukunftspartner werden könnten.
2. Wir sollten verteuernde Wirkungen der ZU auf uns vermeiden, die sich aus der plötzlichen Verzollung von Rohstoffen und Halbwaren ergeben.
3. Wir sollten jede Form der Integration vermeiden, die Tendenzen zur Blockbildung und zur Absperrung Europas vom Weltmarkt enthält.

Daraus ergibt sich die Folgerung, daß wir das „kühne Experiment“ der ZU durch das noch kühnere und wesentlich weitere Wagnis der FZ ersetzen sollten. Die Alternative liegt in einer europäischen Lösung, die zugleich eine weltweite Lösung bietet.